

Ungleiche Wohnverhältnisse – ungleiche Chancen

Wohnen wird für immer mehr Menschen zum Armutsrisiko. Die Wohnkosten sind in den letzten Jahren stark angestiegen, insbesondere in den Ballungszentren. Davon sind auch Kinder und Jugendliche betroffen.

Viele Haushalte sind mit ihren Wohnkosten überlastet, geben also mehr als 40% ihres Einkommens für die Miete o.ä. aus. Dies betrifft insbesondere armutsgefährdete Haushalte, von denen 41,4% durch ihre Wohnkosten übermäßig belastet sind.¹ Betroffen sind auch Haushalte mit Kindern. Wenn Wohnen teuer ist, bleibt wenig Geld für andere Dinge wie Sportvereine, Spielzeug, Urlaub oder Nachhilfe. Auf einem angespannten Wohnungsmarkt ist es außerdem schwer, eine neue bezahlbare Wohnung zu finden, sodass viele Menschen gezwungen sind, in zu kleinen Wohnungen zu verbleiben. Dies betrifft vor allem Familien mit wenig oder ohne Einkommen. 47,1% der Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug, also fast die Hälfte, wächst in beengten Wohnverhältnissen auf. Bei Familien mit gesicherten Einkommen sind dies im Vergleich lediglich 10,3% der Kinder.² Beengte Wohnverhältnisse haben Auswirkungen für Kinder und Jugendliche: wenn Rückzugsorte, Privatsphäre und Platz zum Spielen fehlen, führt dies zu erhöhtem Stress. Auch ein ruhiger Platz zum Lernen und zum Erledigen der Hausaufgaben kann schnell wegfallen, wenn die Wohnung zu klein ist. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung betrifft dies 13% der Kinder im SGB II-Bezug.³

Nicht nur die Wohnverhältnisse, auch das Wohnviertel, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen, wird oft von den finanziellen Voraussetzungen der Eltern bestimmt. Die soziale Segregation in Deutschland ist groß: In vielen Städten gibt es Stadtviertel, in denen vor allem reiche Menschen wohnen, und solche, in denen vor allem arme Menschen wohnen. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin zeigt, dass Kinder bzw. Familien mit Kindern noch stärker betroffen sind als Erwachsene.⁴ In Stadtvierteln, in denen vor allem Haushalte mit wenig Einkommen leben, sind die Wohnbedingungen häufig schlechter, der Gebäudebestand älter, die Infrastruktur mangelhaft und die Umweltbelastungen höher. Insgesamt trägt die räumliche Ballung von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu den ungleichen Lebenschancen armer Kinder und Familien bei.⁵

Immer mehr Menschen, darunter auch Kinder und Jugendliche, sind in Deutschland wohnungslos. Zum Stichtag 31. Januar 2024 waren in Deutschland rund 439.500 Personen (2022: 178.145) wegen Wohnungslosigkeit untergebracht.⁶ Davon waren 29,3% unter 18 Jahre alt (2022: 26%).⁷

In der ersten Februarwoche 2022 lebten 37.400 Erwachsene und circa 1.100 minderjährige Kinder und Jugendliche auf der Straße oder in behelfsmäßigen Provisorien. Etwa 49.300 erwachsene Menschen und circa 5.500 Kinder und Jugendliche kamen als verdeckt wohnungslose Menschen bei Bekannten oder Angehörigen unter.⁸

Unterkünfte für wohnungslose Menschen sind nicht dafür geeignet, dass Kinder und Jugendliche dort dauerhaft ihren Alltag verbringen. Unterkünfte sind als vorübergehende Notlösung gedacht und daher nicht auf langfristiges Wohnen eingestellt. Das Leben in prekären Wohnverhältnissen kann sich katastrophal auf die kindliche Entwicklung, die psychische Gesundheit und die Bildungschancen auswirken. Doch faktisch leben Erwachsene, Kinder und Jugendliche überlang in diesen Unterkünften. Im Jahr 2022 blieben Paare mit Kindern im Durchschnitt 153 Wochen in ordnungsrechtlicher Unterbringung, Alleinerziehende 126 Wochen.⁹ Das heißt: Kinder leben jahrelang in Unterkünften, die nicht auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet sind. Dass so viele Kinder und Jugendliche in Deutschland obdach- und wohnungslos sind, zeigt, dass das Sozialsystem sie nicht ausreichend schützen und unterstützen kann.

Es muss etwas passieren auf dem Wohnungsmarkt. Kinder sollten nicht in unzureichenden Wohnungen oder sogar in Notunterkünften aufwachsen müssen. Die AWO setzt sich für einen gerechten Wohnungsmarkt ein, auf dem Menschen mit wenig Einkommen, Mieter*innen und wohnungslose Menschen eine langfristige Wohnperspektive haben und Kinder ihren Bedürfnissen entsprechend leben können.

Zur Verbesserung der Wohnsituation von Kindern, Jugendlichen und Familien fordern wir

- ein differenziertes **Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe**, in dem Prävention von Wohnungslosigkeit oberste Priorität hat und Menschen schnell, umfänglich und einzelfallgerecht Unterstützung bekommen. Hierzu gehört auch die enge Vernetzung mit der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Ziel, Inobhutnahmen aufgrund von Wohnraumverlust zu vermeiden. Darüber hinaus braucht es **bundesweite Mindeststandards** in der ordnungsrechtlichen Unterbringung, damit wohnungslose Menschen menschenwürdig unterkommen können,
- **Reformen im Mietrecht**, um Mieter*innen besser zu schützen. Dazu gehört eine Verschärfung der Mietpreisbremse, eine Begrenzung von Mieterhöhungen auf besonders angespannten Wohnungsmärkten, die Sanktionierung von Mietwucher und eine bessere Regulierung von Indexmieten,

- Verbesserungen im **Wohngeld**, sodass im Ergebnis die Belastung durch Wohnkosten auf maximal 30% des verfügbaren Einkommens begrenzt wird,
- Förderung für den **sozialen Wohnungsbau** und den Aufbau eines gemeinnützigen Sektors auf dem Wohnungsmarkt, um Wohnungen mit unbefristeten Sozialbindungen und mit dauerhaft niedrigen Mieten zu schaffen; das geht über eine neue **Wohngemeinnützigkeit** mit Investitionszulagen,
- Wohnen ist immer mehr als ein reines Dach über dem Kopf. Das gilt in besonderer Weise für Kinder und Jugendliche in ihrem Aufwachsen. Es muss unbedingt verhindert werden, dass Familien vertraute Wohnumfelder verlassen müssen, in denen sie auf soziale Infrastruktur zurückgreifen können. Die **soziale Infrastruktur muss zudem aus dem Gewerbemietrecht herausgenommen** und als geschütztes Segment im Mietrecht bedacht werden.

¹ Vgl. Richter, Almuth; Werner, Lukas (2023): Wenn Wohnen zum Armutsfaktor wird, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Nr. 4/2023, S. 283-292, <https://doi.org/10.3262/TUP2304283>

² Vgl. Bertelsmann Stiftung (2020): Factsheet Kinderarmut in Deutschland, S. 6, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinderarmut-in-deutschland>

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. Helbig, Marcel/ Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, S. 44ff., <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf>

⁵ Vgl. Zukunftsforum Familie (2021): Familie braucht ein Zuhause. Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für Familien schaffen! S. 5, https://www.zukunftsforum-familie.de/wp-content/uploads/ZFF_PP_2021_FamilieWohnen.pdf; vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, S. 50, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt: Ende Januar 2024 rund 439.500 untergebrachte wohnungslose Personen in Deutschland, Pressemitteilung Nr. 282 vom 15. Juli 2024, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/07/PD24_282_229.html

⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt/ Wissenschaftszentrum Berlin/ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2024): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, S. 255, https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/06_sozialbericht_24_bf.pdf

⁸ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2022): Ausmaß und Struktur von Wohnungslosigkeit. Der Wohnungslosenbericht 2022 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, S. 23, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziale-Sicherung/wohnungslosenbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4

⁹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2022): Ausmaß und Struktur von Wohnungslosigkeit. Der Wohnungslosenbericht 2022 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, S. 50f., https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziale-Sicherung/wohnungslosenbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4



Mehr erfahren unter:
awo.org/service/kampagnen



Demokratie.
Macht.
Zukunft.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend